



DEIN LANDTAG OBERÖSTERREICH

14. März 2024 Nr. 85



OÖ in der EU unter die Lupe genommen



DEIN LANDTAG OBERÖSTERREICH

Auf Demokratie bauen

Demokratie lebt durch unser Mitgestalten. Sie findet nicht nur im Parlament oder in Regierungsbüros statt, sondern immer dort, wo Menschen gemeinsam an Entscheidungen arbeiten. Dieses „miteinander Arbeiten“ bildet auch den Kern unserer bewährten „Werkstatt für Demokratie in Oberösterreich“. Ich freue mich daher sehr, dass das Landhaus auch heuer wieder als spannende Werkstatt für mehr als 700 Jugendliche dienen darf. Die jungen Menschen erfahren in den Workshops aus erster Hand – direkt von den Landtagsabgeordneten – wie Oberösterreich regiert wird und wie unser politisches System funktioniert. Das Ergebnis der ein-

gehenden Beschäftigung mit diesen und anderen zentralen Themen der Demokratie finden Sie auf den kommenden Seiten. Die Schülerinnen und Schüler beweisen damit klar, dass sie Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Und diese Zukunft hält große Herausforderungen für uns alle bereit. Seitens der Landespolitik ist es unsere klare Aufgabe, die jungen Menschen noch besser in demokratische Entscheidungen einzubinden und für unser demokratisches System zu begeistern. Die „Werkstatt für Demokratie“ ist dazu ein wichtiger Baustein.

Viel Freude mit der vorliegenden Zeitung und vielen Dank an alle, die sie ermöglicht haben!

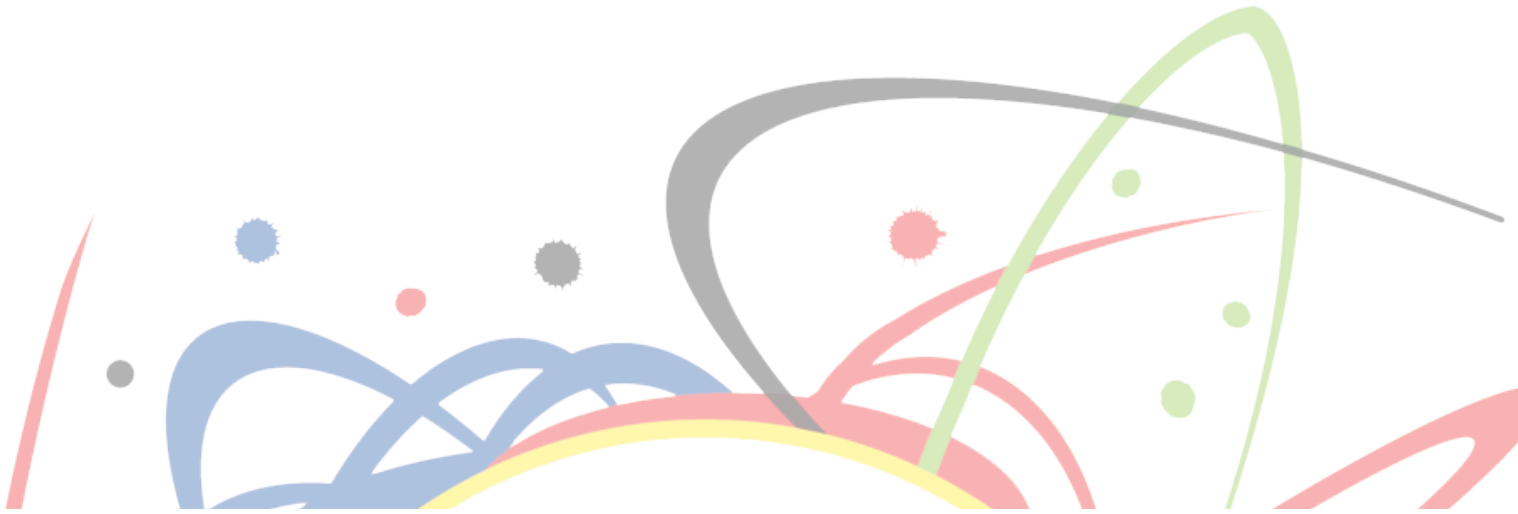


Max Hiegelsberger

Max Hiegelsberger

Präsident des Oö. Landtags





**LAbg. KO Mag.
Felix Eypeltauer**



LAbg. Stefanie Hofmann



**LAbg. Bgm. Mag.
Günther Lengauer**



„Wir wollen mitreden!“

Österreich und die EU

Lukas (14), Paul (14), Marie (13), Sofia (13), Jakob (15), Julius (14) und Philipp (14)

In unserem Artikel erörtern wir, wie Österreich Mitglied der EU wurde. Damit ein Land EU-Mitglied werden kann, muss es einen langen Weg gehen. Am Beginn muss es bestimmte Kriterien erfüllen. Es muss unter anderem eine Demokratie sein, die Menschenrechte müssen eingehalten werden und das Land soll eine stabile Wirtschaft haben. 1989 wurde von Österreich der Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Darauf folgten Beitrittsverhandlungen. Nachdem die Verhandlungen abgeschlossen waren, musste in Österreich eine Volksabstimmung über den Beitritt abgehalten werden. Bei dieser Volksabstimmung stimmten am 12. Juni 1994 zwei Drittel der Wahlberechtigten dafür. Auch zirka 65,5 Prozent der abgegebenen Stimmen aus Oberösterreich waren für den Beitritt zur EU. Am 1. Jänner 1995 trat Österreich dann der EU bei. Ab demselben Jahr gab es in der EU das Schengener Abkommen. 1999 wurde der Euro eingeführt und ein paar Jahre später konnte man damit bezahlen. Vor dem Euro gab es in Öster-

reich den Schilling. In einem Interview mit Stefanie Hofmann, Günther Lengauer und Felix Eypeltauer haben wir viele Infos über den Beitritt Österreichs erfahren. Österreich wollte unter anderem wegen der Friedenssicherung, der Sicherheit und der Reisefreiheit der EU beitreten. Es hat sich nach dem Beitritt einiges verändert. So können wir jetzt zum Beispiel auch innerhalb der EU mehr mitentscheiden. Die Wähler:innen können mitbestimmen, wer im EU-Parlament die Gesetze beschließt. Bezüglich Grenzkontrollen haben wir erfahren, dass es an den Grenzübergängen heute nur noch stichprobenartige Kontrollen gibt. Früher waren

die Kontrollen an den Grenzen häufiger. Auch in der Coronazeit, gab es für kurze Zeit wieder vermehrt Kontrollen und auch wegen der Schleppern aus anderen Ländern. Für uns war es interessant, mit Abgeordneten ein Interview zu führen!

Volksabstimmung

Das Volk bestimmt bei einer wichtigen Entscheidung mit und stimmt darüber ab.

Schilling

Die Währung, die es vor dem Euro in Österreich gab.



Im Interview haben wir viel erfahren.

Kriterien, um beitreten zu können:

Demokratie

Achtung der Menschenrechte

Stabile Wirtschaft

Miteinander in der EU



„Das finden wir wichtig!“
In Vielfalt geeint

Die Institutionen der EU

Julian (14), Marlon (13), Stefan (13), Stefan (14), Louisa (13), Jakob (14) und Kathrin (14)

Wir beschäftigen uns heute mit den Institutionen der EU. Dabei haben wir uns besonders das EU-Parlament genauer angesehen. Das EU-Parlament ist eine Institution, die mit dem Rat der EU gemeinsam Gesetze beschließt. Es sitzen 705 Abgeordnete aus 27 Ländern im EU-Parlament. Dort können die Abgeordneten bei Plenarsitzungen in der eigenen Sprache alles mithören. Dazu gibt es Dolmetscher:innen für jede Sprache, die gesprochen wird. In der EU gibt es insgesamt 24 Amtssprachen.

Was sind überhaupt EU-Institutionen? Diese Institutionen sind Einrichtungen, die sich um Themen der EU kümmern. Auf der nächsten Seite haben wir diese kurz erklärt. Es sitzen verschiedene Personen mit unterschiedlichen Aufgaben in den Institutionen, die gemeinsam über Gesetzesvorschläge diskutieren. Das Europäische Parlament ist die Vertretung der Bürger:innen der EU. Alle fünf Jahre gibt es eine Wahl. Heuer im Juni findet sie wieder statt und dabei werden die EU-Ab-

geordneten gewählt. Die Abgeordneten achten auf das Wohl aller EU-Bürger:innen und vertreten deren Interessen.

In einem Interview mit den drei Landtagsabgeordneten Stefanie Hofmann, Felix Eypeltauer und Günther Lengauer haben wir noch Einiges zu diesem Thema erfahren. Sie haben uns erzählt, dass es in EU-Verträgen genau festgelegt ist, wie die Institutionen zusammenarbeiten sollen. Unsere Gäste würden, sich wünschen, dass die EU-Abgeordneten auch Vorschläge für neue Regeln und Gesetze machen können und nicht nur die EU-Kommission. Sie selbst können als Landtagsabgeordneten nicht direkt in der EU-Politik mitwirken, aber

Mitsprache haben sie zum Beispiel im Landtag bei Themen, die auch die EU betreffen. Sie dürfen dazu natürlich auch ihre Meinung abgeben.

Union

Die Union ist ein Bündnis von mehreren Ländern. In der EU gibt es derzeit 27 Mitglieder.

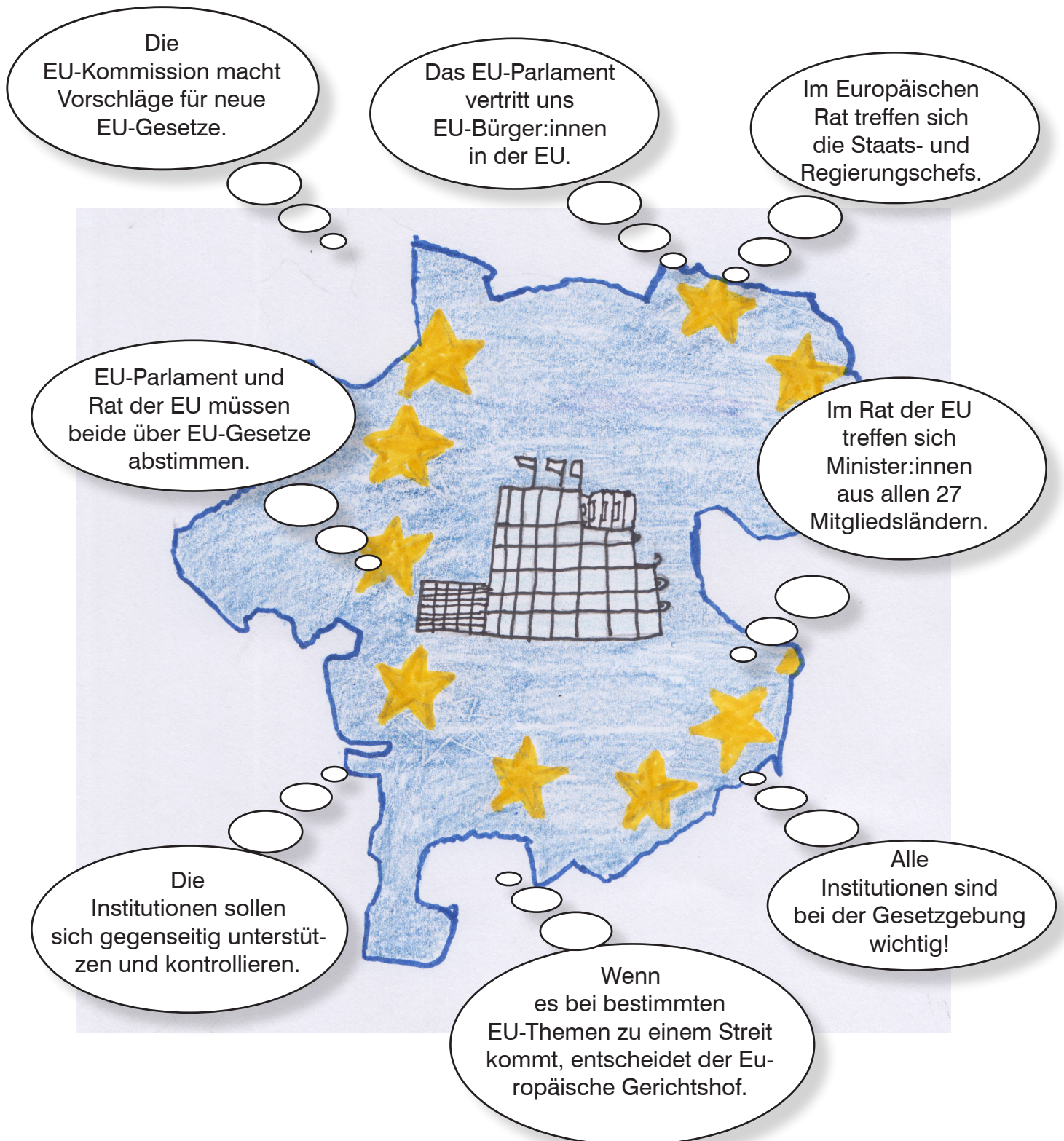
Amtssprache

Eine Amtssprache ist die offizielle Sprache eines Staates. Es gibt auch Staaten mit mehr als einer Amtssprache. Jede:r EU-Abgeordnete kann in der eigenen Sprache an den Sitzungen im EU-Parlament teilnehmen.



Wir interviewen die Abgeordneten.

Die Institutionen der EU kurz erklärt:



Oberösterreich und die Institutionen der EU haben viel miteinander zu tun.

DEIN LANDTAG OBERÖSTERREICH

„Oberösterreich darf auch in der EU mitbestimmen!“

OÖ in der EU

**Sliman (14), Moritz (14), Amelie S. (13), Nino (15), Ina (14)
Diego (14), Amelie H. (13) und Anna (14)**

Die EU beeinflusst das Leben der Bewohner:innen Österreichs täglich. Man begegnet der EU zum Beispiel bei der Währung oder bei EU-Rechtsvorschriften, die in der ganzen EU gelten. Die EU hat auch sehr viel mit Oberösterreich zu tun. Ein Beispiel dafür ist der Gewässerschutz der Donau. Sie fließt nicht nur durch Oberösterreich, sondern auch durch andere EU-Länder. Schutzmaßnahmen für die Donau setzen diese Länder daher gemeinsam fest. Die EU fördert die Wirtschaft von vielen Ländern und Regionen, dazu gehört auch Oberösterreich. Die EU hat also einen großen Einfluss auf uns. Aber kann Oberösterreich auch bei Entscheidungen der EU mitbestimmen? Diese Frage haben wir unseren Gästen gestellt. Ihre Antwort darauf war, dass Oberösterreich auf unterschiedlichen Ebenen mitbestimmen kann. So gibt es unter anderem oberösterreichische Politiker:innen, die in unterschiedlichen EU-Institutionen mitarbeiten und hier die Interessen des Bundeslandes

vertreten. Im EU-Parlament sitzen 705 Abgeordnete aus den 27 Mitgliedsländern, drei davon kommen aus Oberösterreich. Auch im Ausschuss der Regionen kann Oberösterreich seine Interessen auf EU-Ebene vertreten. Im Interview haben wir auch über das Subsidiaritätsprinzip gesprochen. Unsere Gäste finden das Prinzip gut, obwohl es auf den ersten Blick etwas kompliziert klingt. Sie finden gut, dass in der EU so versucht wird, Entscheidungen auf hierarchisch verschiedensten Ebenen zu treffen. So kann Oberösterreich bei Themen, bei denen es für das Land Sinn macht, unabhängig Regelungen treffen. Wir haben zur

Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass die EU nur Regelungen in jenen Bereichen treffen darf, die nicht besser auf regionaler oder staatlicher Ebene geregelt werden können.

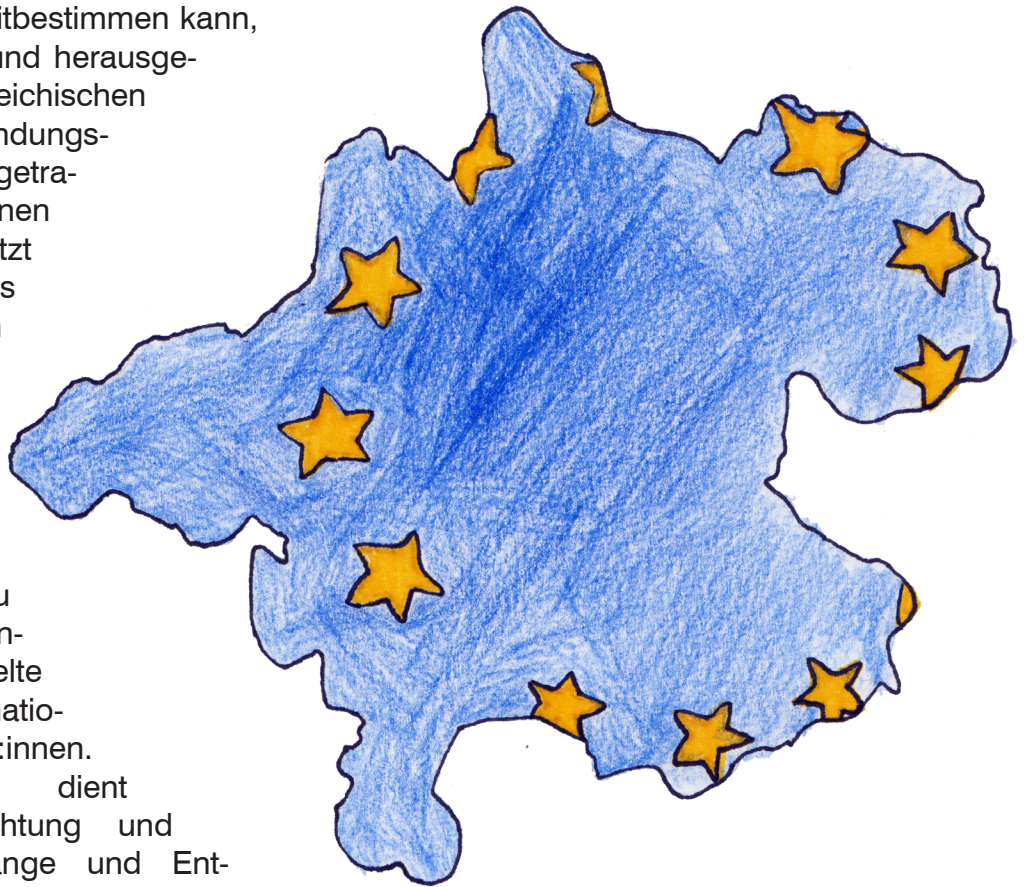
Verbindungsbüro

Verbindungsbüros unterstützen in der EU die Interessensvertretung der Bundesländer und dienen der Vorfeldbeobachtung über Entscheidungen auf europäischer Ebene.



Autor:innen

Frage, wie OÖ in der EU mitbestimmen kann, auch Einiges recherchiert und herausgefunden, dass die oberösterreichischen Interessen durch das Verbindungsbüro des Landes in die EU getragen werden. Dieses hat seinen Sitz in Brüssel. Es unterstützt dort konkrete Interessen des Landes in allen relevanten EU-Politikbereichen. Auch unterstützt es das Vorbringen von Diskussionen über Rechtsvorschriften der Union und die Arbeit an Gesetzgebungsvorhaben. Außerdem gehört zu den Aufgaben des Verbindungsbüros noch die gezielte Bereitstellung von Informationen für Interessenträger:innen. Das Verbindungsbüro dient auch der Vorfeldbeobachtung und Frühwarnung über Vorgänge und Entscheidungen auf europäischer Ebene. Durch unsere Recherche und das Gespräch mit



Oberösterreichische Politiker:innen reden auf unterschiedlichen EU-Ebenen mit.

den Abgeordneten haben wir herausgefunden, dass Oberösterreich in der EU mitreden und mitentscheiden kann. Wir finden es gut, dass auch die Interessen von kleinen Regionen und Ländern, wie Oberösterreich, gehört werden. Denn oft bringen auch sie gute Ideen ein, die sonst nicht gehört werden würden!



„Die EU ist ein fortlaufendes Friedensprojekt.“

Die EU im Alltag

**Mona (13), Julian (14), Gregor (14), Ibrahim (13), Uli (14)
Erik (13), Eve (14) und Finn (15)**

Die EU in unserem Alltag! Dass wir uns unter anderem innerhalb der EU-Länder frei und sicher bewegen dürfen, ist für uns ein wichtiger Teil unseres Alltags. Zu unserem Thema haben wir heute auch Abgeordnete befragen dürfen, wodurch wir unser Wissen zum Thema erweitern konnten. Bei unseren Interviewpartner:innen handelt es sich um die Landtagsabgeordneten Stefanie Hofmann, Günther Lengauer und Felix Eypeltauer. Die EU wurde als Friedensprojekt gegründet, ist aber noch viel mehr als das. Die Zusammenarbeit von mehreren Ländern bringt viele Vorteile mit sich. Gemeinsam können Ziele besser erreicht werden als von einem einzelnen Land. Immer wieder versuchen neue Länder deshalb der EU beizutreten. Für einen Beitritt müssen aber gewisse Kriterien erfüllt werden. Wir gehen davon aus, dass die EU auch in Zukunft noch wachsen wird. Dem stimmten auch unsere Interviewpartner:innen zu. Die Gemeinschaft der EU ist ein fortlaufendes Projekt, das

nie komplett abgeschlossen ist, da die Bedürfnisse der Mitglieder einem ständigen Wandel unterliegen. Der Frieden steht jedoch weiterhin an vorderster Stelle! Die Frage, was sich für Österreich verändern würde, wenn es nicht mehr Mitglied der EU wäre, brachte uns und unsere Interviewpartner:innen zum Nachdenken, da ein Leben ohne den Einfluss der EU nur schwer vorstellbar wäre. Die Vorteile durch den Schengenraum oder die Eurozone genießen wir alle schließlich im alltäglichen Leben. Aber auch wirtschaftlich wäre ein Austritt schwierig, da wir auch wirtschaftlich und industriell der Gemeinschaft angehören. Unsere Befragten sagten, dass sie sich für die Zukunft der EU ein noch stärkeres Miteinander wünschen und die Menschenrechte weiter beachtet werden sollen. Wir bedanken uns bei unseren Interviewgästen für das Gespräch und dafür, dass sie sich die Zeit genommen haben, unsere Fragen zu beantworten.

Schengener Abkommen

Durch das Schengener Abkommen wurde die Pflicht für Grenzkontrollen zwischen den Ländern, die das Abkommen unterzeichnet haben (=Schengenraum), abgeschafft.

Eurozone

Länder, in denen mit dem Euro bezahlt wird



Wir Autor:innen



In der Eurozone wird mit dem Euro bezahlt.



Auch im Landtag hält man sich an EU-Regeln.



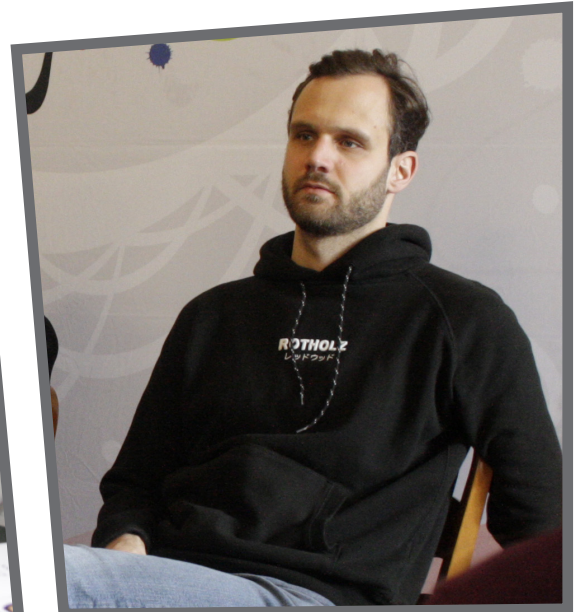
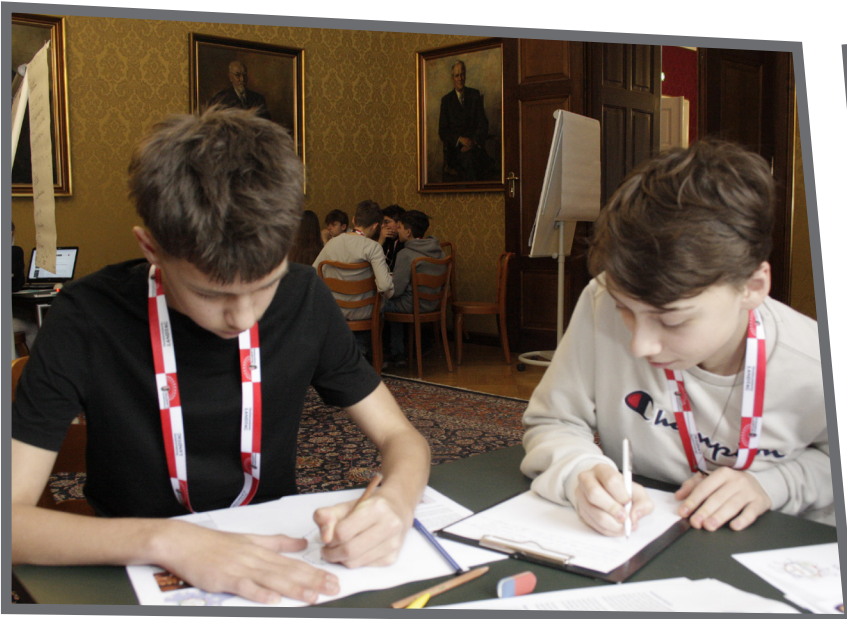
In der EU geht es um Gemeinschaft.



Unsere Gruppe während des Interviews.



Die EU ist ein Friedensprojekt.



IMPRESSUM

Konzept, Mediendidaktische Betreuung
und Umsetzung:

Agentur Müllers Freunde GmbH
1070 Wien • Gutenberggasse 1/13
www.muellersfreunde.at



**MÜLLERS
FREUNDE**

4A und 4B
Informatik MS Steyregg
Kirchengasse 18
4221 Steyregg



Die Werkstatt für Demokratie
in Oberösterreich